



RECHTSPRECHUNG

SPANIEN 2022



Datum: 16.04.2023

Autor: Javier Marzal

INDEX

1.- EINLEITUNG - 2 -

**2.- KORRUPTION UND ANTI-
KORRUPTIONSMASSNAHMEN - 4 -**

3.- JUSTIZSYSTEM - 11 -

4.- KOMMUNIKATIONSMEDIEN – 16 -

5.- KONTROLLEN UND GLEICHGEWICHT - 18 -

6.- SCHLUSSFOLGERUNGEN - 19 -

1.- EINLEITUNG

1961 wurde Amnesty International im Vereinigten Königreich gegründet und veröffentlicht seither einen Jahresbericht, der sich nun auf die Menschenrechtslage weltweit konzentriert.

Transparency International wurde 1993 in Deutschland gegründet und begann zwei Jahre später mit der Veröffentlichung des Berichts Corruption Perceptions Index (CPI).

Eine der Quellen, die Transparency International verwendet, ist der jährliche Rechtsstaatlichkeitsindex des World Justice Project (WJP) über die Korruption in der Justiz, die das Herzstück aller Arten von Korruption ist, da ohne Korruption in der Justiz ein hohes Maß an anderen Arten von Korruption nicht möglich ist. Das WJP wurde 2006 in den Vereinigten Staaten gegründet und veröffentlichte 2011 seinen ersten Rule of Law Index-Bericht.

Die Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) wurde 1999 vom Europarat (CoE) gegründet, im selben Jahr, in dem der CoE die (zivil- und strafrechtlichen) Konventionen gegen Korruption verabschiedete. Im Jahr 2001 veröffentlichte sie ihren ersten Teilbericht über Korruption in Spanien, der eine Analyse und Vorschläge zur Prävention enthält.

Ende September 2020 legt die Europäische Kommission ihren ersten Jahresbericht über die Rechtsstaatlichkeit im Jahr 2019 für jedes Mitgliedsland der Europäischen Union vor.

2019 schlossen sich in Spanien vier Vereinigungen, die seit Jahren gegen Korruption oder zum Schutz der Opfer von Korruption, insbesondere von institutioneller Korruption, arbeiten, zu dem Bündnis Denunciantes del Autoritarismo Judicial (Denunzianten des Justizautoritarismus) zusammen.

Am 11. November 2022 reichen sie bei der Europäischen Kommission eine Beschwerde gegen die spanische Regierung unter dem Vorsitz von Pedro Sánchez (2018-2022) ein, die im Wirtschaftsreferat F3 bearbeitet wird. Am 27. Januar 2023 reichen sie eine weitere Beschwerde ein, die ebenfalls im Referat C.1: Justizpolitik und Rechtsstaatlichkeit als Ares(2023)1525948 bearbeitet wird. Es gab weitere Erweiterungen und andere frühere Beschwerden.

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

Die letzte Erweiterungsbeschwerde wurde am 15. April 2023 eingereicht und vervollständigt eine Reihe von Beschwerden gegen die Regierungen Spaniens unter dem Vorsitz von Pedro Sánchez (2018-2022) und gegen weit verbreitete institutionelle Korruption.

Mit dieser ergänzenden Beschwerde vervollständigen wir eine Reihe von Beschwerden, die die institutionelle Funktionsweise in Spanien ausreichend widerspiegeln. Da institutionelle Korruption nach Angaben der Vereinten Nationen in allen Ländern der Welt verbreitet ist, sollten diese Anklagen nützlich sein, um das Phänomen der Korruption in jedem Land sowie den wachsenden Totalitarismus zu verstehen.

Die Berichte des Bündnis "Denunciantes del Autoritarismo Judicial" sind ein unverzichtbares Instrument für europäische Beamte, die sich mit Themen wie Justiz, Korruption, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und zweifellos auch mit wirtschaftlichen Fragen befassen.

Das Bündnis hat sich vergewissert, dass die Berichte all derer, auf die Bezug genommen wird, nicht der spanischen Realität entsprechen, da sie ohne zuverlässige und sachkundige private Quellen über die tatsächliche Korruption in Spanien erstellt wurden.

Vor diesem Hintergrund beschließt das Bündnis, im April 2023 einen Jahresbericht über die spanische Rechtsstaatlichkeit zu erstellen.

In Anbetracht der derzeitigen ernsten Situation der institutionellen Korruption in Spanien hat das Bündnis beschlossen, im Jahr 2022 einen ersten Bericht über die spanische Rechtsstaatlichkeit zu erstellen, der auf der Methodik der Europäischen Kommission, den eigenen Erfahrungen und den eigenen Beschwerden basiert und die oben genannten Berichte ergänzen soll.

Die Allianz wird ihren Jahresbericht an die oben genannten privaten Organisationen und europäischen Institutionen senden, um dazu beizutragen, dass ihre Berichte besser dokumentiert werden und die Korruptionsbekämpfung in Spanien und der Europäischen Union verbessert wird.

Aus all diesen Gründen wird es nicht möglich sein, die vollständigen institutionellen Informationen in diesen Bericht aufzunehmen, da die meisten Informationen erst nach der Erstellung dieses Berichts veröffentlicht wurden.

Javier Marzal

Förderer und Sprecher von Denunzianten des Justizautoritarismus

2.- KORRUPTION UND ANTI-KORRUPTIONSMASSNAHMEN

Transparency International hat in seinem Korruptionswahrnehmungsindex das Korruptionsniveau in Spanien für die Jahre 2021 und 2022 erhöht.

Im Jahr 2018 veröffentlichte Eurostat, dass Spanien fast 8 % des BIP an Korruption erreicht hat. Mit dem rasanten Anstieg der öffentlichen Ausgaben seit 2019 dürfte die Korruption 10 % des BIP überschritten haben.

Trotz dieser Zahlen verstehen die oben genannten Organisationen und Einrichtungen, die Jahresberichte erstellen, nicht die Bedeutung dieser Größenordnung und ihre Berichte sind mit dieser Zahl, die der Realität recht nahe kommt, nicht vereinbar. Um über die Rechtsstaatlichkeit berichten zu können, muss man die Bedeutung des Korruptionsniveaus verstehen.

8 % des BIP bedeuten, dass die Korruption in den Institutionen selbst in hohem Maße organisiert ist; daher sollte man von einer Metamafia (öffentlicher Sektor) oder Metamafia (Politik, Legislative, Justiz usw.) sprechen, die eine Art von Verbrechen ist, das in den Institutionen oder unter deren Mitwirkung organisiert ist, so dass die Korrupten ein hohes Maß an Straffreiheit genießen, weil die Beweise für ihre Verbrechen administrativ und gerichtlich vertuscht werden.

Eine Korruption in Höhe von 8 % des BIP ist nicht möglich, wenn es keine systemische Korruption in der Justiz gibt. Systematische Korruption in der Justiz bedeutet, dass das Justizsystem selbst die Richter zwingt, korrupt zu sein, und ihnen im Gegenzug erlaubt, persönlich zu profitieren oder andere Beamte und Korrupte zu decken, die das institutionelle Gefüge zu decken beschlossen hat, oder jeden, der dem betreffenden Richter Probleme bereiten kann. Das Gleiche gilt für Staatsanwälte.

Acht Prozent des BIP für Korruption bedeutet, dass korrupte Beamte befördert werden, damit sie die Korruption begünstigen können, und dass Beamte, die versuchen, die korruptesten Beamten vor Gericht zu bringen, bestraft werden.

8 % des BIP für Korruption bedeutet, dass die Institutionen zu Geschäftszentren, zu Zentren der Korruption geworden sind.

In diesem Jahrhundert gibt es Hunderte von Medienveröffentlichungen, Dutzende von Büchern und mehrere ehemalige Richter, die diese Behauptungen bekräftigen.

Der Steuerbehörde wurde vorgeworfen, im Jahr 2004 mehr als 4 Milliarden Euro gewaschen zu haben und in den Jahren 2021, 2022 und 2023 Hunderte von Millionen Euro von korrupten Beamten gewaschen zu haben. Die Steuerbehörden sind ihrer gesetzlichen Verpflichtung, bis zum 31. Dezember 2022 eine Einkommenserklärung abzugeben, nicht nachgekommen. Sechs der 2004 Angezeigten waren später Minister unter José Luis Rodríguez Zapatero (2004-2011), und gegen die derzeitige Verteidigungsministerin wurde nicht nur Anzeige erstattet, sondern es musste auch ein

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

Pfändungsverfahren eingeleitet werden, weil sie sich weigerte, ihre Steuerschulden zu bezahlen. Keiner der Angeklagten hatte berufliche Konsequenzen, und mehrere von ihnen kehrten in hohe politische Ämter zurück.

Der Sozialversicherung wurde vorgeworfen, die Lebensarbeitszeit von Hunderttausenden von Arbeitnehmern mit hohem Risiko gefälscht zu haben, um das Rentenalter hinauszuzögern. Außerdem wurde sie im Jahr 2022 in 43,6 % der 104.951 gegen sie angestregten Gerichtsverfahren verurteilt, wie der Generalrat der Justiz mitteilte. Diese Zahlen sind Jahr für Jahr üblich, und dieser administrative Missbrauch der Sozialversicherung wird nicht korrigiert.

Die Zahl der Klagen gegen die Sozialdienste wegen der Prostitution von Minderjährigen unter Vormundschaft und wegen der Trennung von Minderjährigen von ihren Eltern, um mit Hilfe von Falschmeldungen der psychosozialen Dienste 4.000 Euro pro Monat zu kassieren, nimmt zu.

Das öffentliche Gesundheitssystem wurde angeprangert, weil es im Jahr 2022 30.377 Assistenzärzte ausgebeutet hat

Die Regierung hält an der vorsätzlichen Aneignung der gesetzgebenden Funktion des Parlaments (Cortes Generales) fest, obwohl dies nach dem Strafgesetzbuch eine Straftat ist.

Die Regierung hat mehrere Dokumente gefälscht, um die erhebliche Erhöhung der öffentlichen Ausgaben als legal erscheinen zu lassen.

Mehrere Mitglieder der Regierung erfüllen nicht die gesetzlichen Anforderungen für ein Ministeramt.

Am 20. Oktober 2021 erschien José Manuel Villarejo Pérez, pensionierter Kommissar der Nationalen Polizei, vor dem Abgeordnetenhaus. Zahlreiche Gespräche dieses ehemaligen Kommissars mit Richtern, Politikern und anderen hochrangigen Beamten sind öffentlich gemacht worden, die die große Macht dieses Kommissars, seine große Korruption und seine linksgerichteten Ideen zeigen. Bei diesem Auftritt sagte der Ex-Kommissar Folgendes: "Es gibt eine schattenhafte Triade, das ist: CNI, ein Embryo der Antikorruptionsstaatsanwaltschaft, das sind 10, 15, nicht mehr, eine Sekte von Illuminaten, die alles entscheiden und dann die internen Angelegenheiten der Guardia Civil, der Polizei. Sie alle entscheiden in aller Stille, wer vernichtet wird". Der Kommissar sprach auch von der "Sektion Pi" des CNI, die sich der "physischen Eliminierung" widmete, wie der pensionierte Staatsanwalt José María Mena Álvarez seine mehr als 2.000 Morde, die bis Dezember 2021 begangen wurden, auch nannte. Mena war der blutrünstigste unter den führenden Figuren der spanischen Korruption, auf die später noch eingegangen wird. Das CNI ist das nationale Nachrichtenzentrum und wurde 2002 als Nachfolger des Centro Superior de Información de la Defensa (CESID) gegründet.

Kein Abgeordneter und kein Journalist fragte, worauf er sich bezog, wer die Mitglieder dieser "Sekte" waren und wer getötet worden war. Sie alle kannten die Antworten auf diese Fragen.

AJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

Auf der Grundlage der Akte Royuela wurden Tausende von Taten einiger Mitglieder dieser "Sekte" schriftlich und wirtschaftlich dokumentiert, aber aus den beschriebenen Gründen werden alle Steuer-, Polizei- und Gerichtsberichte vertuscht.

Mehrere institutionalisierte Medien haben mehrere Artikel über Zeugen, Staatsanwälte und Richter im Zusammenhang mit politischen Korruptionsfällen veröffentlicht, die unter merkwürdigen Umständen gestorben sind.

Ebenso wurde über Staatsanwälte und Richter berichtet, gegen die wegen der Bearbeitung von Korruptionsfällen Vergeltungsmaßnahmen ergriffen wurden.

Was den Rahmen für die Korruptionsbekämpfung angeht, so ist Spanien seiner Verpflichtung zur Einrichtung einer unabhängigen Korruptionsbekämpfungsbehörde, wie sie im UN-Übereinkommen gegen Korruption festgelegt ist, nie nachgekommen.

Spanien ist auch seinen Verpflichtungen gegenüber dem Europarat und der Europäischen Union nicht nachgekommen, einen Nationalen Plan zur Korruptionsbekämpfung zu erstellen.

Die RICHTLINIE (EU) 2019/1937 über den Schutz von Hinweisgebern in Korruptionsfällen wurde mit mehr als einem Jahr Verspätung und unter Verstoß gegen die Richtlinie selbst umgesetzt.

Die Regierungen der Partido Popular (PP) und der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) sowie ihre Abgeordneten und Senatoren haben sich stets geweigert, Gesetze gegen Korruption zu erlassen, und es sogar versäumt, europäische Standards umzusetzen.

Die Situation hat sich durch das Organgesetz 14/2022 vom 22. Dezember über die Umsetzung der europäischen Richtlinien und anderer Bestimmungen zur Anpassung des Strafrechts an das Recht der Europäischen Union sowie die Reform der Straftaten gegen die moralische Integrität, die öffentliche Ordnung und den Schmuggel von Waffen mit doppeltem Verwendungszweck erheblich verschlechtert. Die Gesetzesänderung zum Straftatbestand der Veruntreuung begünstigt verurteilte Mitglieder der PSOE, die eine Überprüfung ihrer Strafe beantragen können, um diese zu verringern. Die Änderung des Straftatbestands der Volksverhetzung begünstigt den katalanischen Separatismus und mehrere seiner Führer, die wegen dieses Straftatbestands verurteilt wurden, sowie weitere Veruntreuungen und zukünftige Unruhen.

Das Strafgesetzbuch sieht vor, dass Geschäftsleute und alle anderen Personen den Straftatbestand des Missstands in der Verwaltung begehen können, doch gibt es diesen Straftatbestand nicht für Beamte, so dass der größte Teil der Wirtschaft außerhalb der Strafgerichtsbarkeit liegt.

Eine korrupte Rechtsprechung des Verfassungsgerichts legt fest, dass die gesetzgebenden Maßnahmen der Regierung nicht verwaltungsmäßig sind, da sie somit nicht unter den Straftatbestand der verwaltungsmäßigen Täuschung fallen und von der strafrechtlichen Verantwortung ausgenommen werden können.

Im Bericht 2023 werden wir auf die Korruption der Regeln der Strafgerichtsbarkeit

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

(Grundgesetz der Justiz, Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung) eingehen.

In jedem Fall ist der Regelungsrahmen zur Korruptionsbekämpfung nicht nur unzureichend, sondern wird von den Behörden auch häufig nicht eingehalten, vor allem, wenn es sich um Beamte oder um Personen handelt, die sie als Feinde betrachten, wie z. B. Hinweisgeber auf Korruption und Personen, die Opfer institutioneller Korruption verteidigen.

Es gibt nach wie vor Drehtüren, und im Jahr 2022 sind drei hochrangige Beamte der Regulierungsbehörden in die Privatwirtschaft gewechselt.

Die Sonderstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität deckt mehr Korruption, als sie aufklärt, ebenso wie die neuere Europäische Staatsanwaltschaft, denn fünf ihrer europäischen Staatsanwälte spanischer Herkunft wurden wegen Geldwäsche angezeigt. Die beiden spanischen Richter bei Eurojust wurden ebenfalls wegen Geldwäsche angezeigt.

Entgegen den nationalen Gesetzen und der Rechtsprechung des EGMR gehen Staatsanwälte und Richter im Jahr 2022 weiterhin gegen Anwälte und führende Vertreter von Vereinigungen vor, die Korruption durch Beamte anprangern. Zu denjenigen, die 2022 strafrechtlich verfolgt werden, gehören die meisten der wichtigsten Korruptionsaufdecker wie Manos Limpias, Alvise Pérez, Roberto Macías, Alberto Royuela Fernández, Juan Martínez Grasa, Santiago Royuela Samit, der entlassene Richter Fernando Presencia und die von ihm geleitete Vereinigung ACODAP, mehrere Mitarbeiter von ACODAP und Javier Marzal. Die Audiencia Nacional hat die Bankkonten des ACODAP beschlagnahmt, ohne dass dies Teil des Strafverfahrens war. Im Jahr 2022 hat die Sozialversicherung dreimal das Bankkonto der von Javier Marzal geleiteten Vereinigung ANVIPED beschlagnahmt, obwohl diese seit mehreren Jahren keine Angestellten mehr hat und ohne die entsprechenden Verwaltungsverfahren zu melden. Gerade ANVIPED prangert seit 2017 ein schwerwiegendes Korruptionssystem in den drei Hauptorganen der Sozialversicherung an, an dem zwei Staatssekretäre zweier Ministerien sowie die letzten drei Minister für soziale Sicherheit beteiligt sind. Sie wurden nicht wegen falscher Unterlagen in den Bankinformationen angeklagt, um eine Überprüfung zu vermeiden, und sie werden der Verleumdung beschuldigt, um eine Überprüfung zu vermeiden; außerdem wurde das Bankkonto der ACODAP beschlagnahmt, ohne dass diese Vereinigung Teil dieses Strafverfahrens war.

Im Jahr 2022 legten die Royuelas einen Steuerbericht vor und machten öffentlich, dass mehr als 100 Richter Geld wuschen, indem sie alle ihre Bankdaten weitergaben. Darunter waren auch neun Richter der Strafkammer des Obersten Gerichtshofs. Fernando Presencia, Whistleblower der Akte Royuela, prangerte diese Geldwäsche ebenfalls an, ebenso wie Dutzende anderer hochrangiger Ministerialbeamter, die ebenfalls von den Royuelas angeprangert worden waren. Der Präsident dieser Kammer bezeichnete sie alle als Betrüger und kriminelle Bande, ohne den Wahrheitsgehalt der Bankinformationen zu überprüfen, und forderte den Präsidenten des Generalrats der Justiz (der ebenfalls der Geldwäsche in Millionenhöhe beschuldigt wurde) auf, sie bei der Generalstaatsanwaltschaft anzuzeigen, und der Staatsanwalt der Audiencia Nacional

AJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

reichte eine gerichtliche Klage gegen sie ein, wobei der zuständige Richter das Verfahren nicht bearbeiten wollte und es einem Verstärkungsrichter überließ. Keine der vorgenannten Institutionen hat den Wahrheitsgehalt der Berichte überprüft. Sowohl der anzeigende Staatsanwalt als auch der ermittelnde Richter wurden außerdem wegen Geldwäsche angezeigt.

Im Jahr 2022 wurde das illegale Abhören der Kommunikation von Korruptionsesthüllern fortgesetzt, wahrscheinlich durch das Nationale Geheimdienstzentrum (CNI). Es wurde bekannt, dass die Telefone von Royuelas, Martínez Grasa und Javier Marzal abgehört wurden. Es wurde auch berichtet, dass die E-Mails von Javier Marzal und Juan Martínez abgehört und alle Nachrichten von letzterem gelöscht wurden.

In den Jahren 2020, 2021 und 2022 wurden mindestens zehn Entschädigungsanträge wegen Vergeltungsmaßnahmen gegen Korruptionswhistleblower gestellt, die sich auf das UN-Übereinkommen gegen Korruption und die RICHTLINIE (EU) 2017/2019 stützen. Der Justizminister, der aufgrund der fehlenden Umsetzung allein für die Bearbeitung zuständig ist, hat den Eingang der Anträge nicht einmal mitgeteilt. Zu den Beschwerdeführern gehören ein deutscher Staatsangehöriger, mehrere Beamte, ein Rechtsanwalt und ein Verbandsdirektor.

Korruptionswhistleblower vermuten, dass die größte wirtschaftliche Korruption in Spanien in der Verwaltungskommission des 2009 gegründeten Fonds für die geordnete Umstrukturierung von Banken (FROB) stattfindet. Ziel des FROB ist es, die Abwicklungsprozesse von Kreditinstituten und Wertpapierdienstleistungsunternehmen zu verwalten. Der Verwaltungsausschuss des FROB setzt sich aus den folgenden 11 Mitgliedern zusammen: dem Vorsitzenden, vier von der Banco de España ernannten Mitgliedern (darunter der stellvertretende Gouverneur, der den ersten stellvertretenden Vorsitz des Verwaltungsausschusses innehat), drei vom Minister ernannten Vertretern des Ministeriums für Wirtschaft und digitale Transformation, die mindestens den Rang eines Generaldirektors haben, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalen Kommission für den Wertpapiermarkt und zwei vom Minister ernannten Vertretern des Ministeriums für Finanzen und den öffentlichen Dienst, die mindestens den Rang eines Generaldirektors haben. Ebenfalls anwesend sind der Rechnungsprüfer der staatlichen Verwaltung und der Direktor des staatlichen Rechtsdienstes als Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft, die zum Justizministerium gehört.

Die Regierung hat mit dem königlichen Gesetzesdekret 1/2022 beschlossen, dass der FROB 4,24 % der Sareb (Bad Bank) erwirbt und damit einen Anteil von 50,14 % hält. Die Transaktion wurde Anfang April 2022 vollzogen.

Am 11.04.2022 wird die Verwaltung der Sareb-Vermögenswerte im Wert von 25,3 Mrd. Euro ausländischen Unternehmen anvertraut: 55 % Hipoges (der US-amerikanische multinationale Konzern KKR ist seit 2018 Mehrheitsgesellschafter) und 45 % über zwei Fonds des US-Unternehmens Blackstone (Aliseda und Anticipa). Es ist wahrscheinlich, dass die Regierung Immobilienunternehmen in spanischem Besitz ausgeschlossen hat, weil die Minister ständig das spanische Unternehmertum angreifen, was die Korruption

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

erschwert.

Auf der Website des FROB zu den von ihm verwalteten Abwicklungsfonds heißt es, dass "der Einheitliche Abwicklungsausschuss 13,7 Milliarden Euro an Beiträgen zum SRF für das Haushaltsjahr 2022" von "2.900 Banken und Wertpapierdienstleistungsunternehmen" gesammelt hat.

Im Jahr 2022 und in den Vorjahren wurden weitere Korruptionsfälle gegen Whistleblower von großen Betrugsfällen verfolgt, so dass man sagen kann, dass Korruptionsfälle in großem Umfang an korrupte Staatsanwälte und Richter vergeben werden, die sich nicht an das Gesetz halten, um Whistleblowern zu schaden und korrupte Beamte zu decken.

Auch gegen Youtuber, die Korruption anprangern, wird mit Steuer- und Strafverfolgung vorgegangen.

In mehreren Fällen haben das Verfassungsgericht und die Strafkammer des Obersten Gerichtshofs es versäumt, Korruptionswhistleblower zu schützen.

Unter Punkt 20 des GRECO-Berichts über die Verhinderung der Korruption von Parlamentariern, Richtern und Staatsanwälten, der 2014 veröffentlicht wurde, heißt es: "Die internen Strukturen der politischen Parteien sind sehr stark und starr, wobei sich ihre Führer die Macht vorbehalten, wichtige Entscheidungen ohne Rücksprache mit ihren Mitgliedern zu treffen. Ein solches System begünstigt die Loyalität gegenüber der Partei gegenüber der Loyalität gegenüber den Wählern, und das Ergebnis ist, dass die Fraktionen eine strenge Kontrolle ausüben und eine strenge interne Disziplin gegenüber den einzelnen Parlamentariern ausüben. Das GET wurde bei seinem Besuch darüber informiert, dass Disziplin entscheidend für die Aufnahme in eine Kandidatenliste für die Wahl ist. Artikel 67 Absatz 2 der Verfassung verbietet derartige Praktiken wie folgt: "Die Mitglieder der Cortes Generales sind nicht an ein imperatives Mandat gebunden". Die Situation geht so weit, dass im Jahr 2022 die Regierung über die Gesetze entscheidet, die der Abgeordnetenkongress zu verabschieden hat. Darüber hinaus hat die Regierung von den Abgeordneten ihrer politischen Parteien (PSOE und PODEMOS) die Zustimmung zu Dutzenden von illegalen königlichen Dekreten verlangt und erwirkt, indem sie die gesetzgebenden Funktionen des Abgeordnetenkongresses selbst usurpiert hat, wie bei der Ausrufung des Alarmzustandes im Jahr 2020 und dessen Verlängerung.

Der Abgeordnetenkongress hat 1.970 Anhörungen von Regierungsmitgliedern beantragt, von denen 1.045 ignoriert wurden. Dieser Mangel an Rechenschaftspflicht setzt sich 2022 fort.

Nach Angaben des Rates für Transparenz und gute Regierungsführung (CTBG) ist der Zugang zu öffentlichen Informationen nach wie vor nicht möglich, obwohl er illegal ist.

Die öffentlichen Verwaltungen, insbesondere die Gemeindeverwaltungen, behindern weiterhin strafrechtliche Ermittlungen. Die beteiligten Staatsanwälte und Richter ergreifen keine der gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen.

Bei der Europäischen Kommission hat die Allianz Dutzende von hochrangigen

AJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

europäischen Beamten, Politikern und Richtern wegen der Wäsche von Hunderten von Millionen Euro angezeigt. In den meisten Fällen wurden Bankinformationen vorgelegt und es wurde festgestellt, dass sie auch der spanischen Steuerbehörde gemeldet wurden.

Ende 2022 erklärte die Europäische Kommission, sie könne nicht wissen, wohin die europäischen Gelder geflossen seien, da die spanische Regierung diese Frage nicht beantwortet habe. Spanien erhielt im Jahr 2022 31,036 Milliarden Euro aus den EU-Mitteln der nächsten Generation, um seine Wirtschaft von der Coronavirus-Krise zu erholen.

3.- JUSTIZSYSTEM

Das spanische Justizsystem ist systembedingt korrupt, wie es sich für ein Land gehört, in dem Korruption das profitabelste Geschäft ist (fast 8 % des BIP, Eurostat 2018). Wäre das Justizsystem nicht systemisch korrupt, wäre es unmöglich, ein solches Korruptionsniveau zu erreichen; daher gibt es im spanischen Rechtsstaat den schwerwiegenden Mangel der systemischen Justizkorruption.

Die richterliche Korruption ist so offensichtlich, dass die Medien seit Jahren von der richterlichen Wahrheit sprechen, um zu sagen, dass die bewiesenen Fakten der Richter in der Regel falsch sind.

Im Jahr 2022 wurden mehr als hundert Richter und mehrere Staatsanwälte angeklagt, Millionen von Euro gewaschen zu haben. Gegen zehn Richter der Strafkammer des Obersten Gerichtshofs und mehrere Richter des Nationalen Obersten Gerichtshofs, der für Terrorismus- und Geldwäschdelikte zuständig ist, wurde Anklage erhoben.

Die hohe Zahl der Verfahren pro Richter und die geringe Zahl der Richter setzen die Richter zusätzlich unter Druck. Nach Angaben der CEPEJ kamen 2020 in Spanien 11,24 Richter auf 100.000 Einwohner, während der europäische Durchschnitt bei 17,60 lag. Sowohl in Spanien als auch in Europa hat sich die Zahl der Richter im Vergleich zu 2018 verringert. In Spanien gab es 5,37 Staatsanwälte pro 100.000 Einwohner, im Vergleich zu 11,10 im europäischen Durchschnitt. Trotzdem gibt Spanien mehr für das Justizsystem aus, nämlich 87,9 Euro pro Einwohner, verglichen mit dem europäischen Durchschnitt von 64,5. Spanische Staatsanwälte und Richter verdienen mehr als der europäische Durchschnitt. Die Politik überlastet die Richter, um sie daran zu hindern, sich mit komplexen Themen wie Korruption zu befassen. Produktivität wird quantitativ belohnt, so dass die Richter dafür belohnt werden, dass sie einen großen Teil der Verfahren hastig archivieren und den Verfahren, die sie bearbeiten, nicht genügend Aufmerksamkeit widmen. Zwischen 2013 und 2015 wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um das Verhältnis von Richtern zu Einwohnern zu verbessern, das 2016 und 2017 deutlich sank und seitdem stabil geblieben ist.

Es wurde berichtet, dass in Spanien Ende des 20. Jahrhunderts zwei Netzwerke für Justizmissbrauch entstanden sind. Das erste wurde von dem Staatsanwalt José María Mena Alvarez in Katalonien und das zweite von dem ehemaligen Justiz- und Innenminister Juan Alberto Belloch Julbe geschaffen, wobei sich letzteres auf ganz Spanien erstreckt. Beide gehören zu den fünf reichsten Personen Spaniens, obwohl sie ihr Vermögen nicht offenlegen. Im Jahr 2004 wurden beide wegen des Besitzes von mehr als 100 Millionen Euro außerhalb Spaniens angeklagt, arbeiteten aber trotz der Steuerunterlagen der Steuerbehörde weiter als Beamte. Es wurde berichtet, dass der ehemalige spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero im Dezember 2022 68 Richter in Madrid bestochen hat. In Anbetracht seiner Beziehungen zu Belloch gehörten sie wahrscheinlich zu dessen Netzwerk für Steuerhinterziehung, das auch im

AJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

Jahr 2020 noch aktiv war.

Die Provinzgerichte wissen von der Korruption der Gerichte und decken diese. Die Obersten Gerichtshöfe wissen von der Korruption der Gerichte und der Provinzgerichte und decken sie, da ihre Strafkammer Beschwerden gegen Staatsanwälte und Richter in ihrer Autonomen Gemeinschaft entgegennimmt. Der Oberste Gerichtshof weiß von der Korruption all dieser Instanzen und deckt sie.

Umgekehrt verhält es sich genauso: Wenn die Richter die Berufungsurteile erhalten, wissen sie von der Korruption der höheren Gerichte, aber sie wissen, dass sie sie nicht anzeigen können, weil sie mit schweren Repressalien rechnen müssen; außerdem erfahren sie, dass sie Personen, die mit der politischen Führung verbunden sind, nicht schaden dürfen.

Im Allgemeinen haben alle Staatsanwälte und Richter Korruption auf höherer und niedrigerer Ebene dokumentiert, aber keiner von ihnen zeigt sie an, obwohl sie gesetzlich dazu verpflichtet sind.

Mehrere Richter haben sich darüber beklagt, dass die Strafkammer des Obersten Gerichtshofs die Ermittlungen und noch mehr die Strafverfolgung der aforados sehr erschwert und die übliche Vertuschung der Korrupten zu den Akten gelegt hat.

Im Jahr 2021 erklärte sich die Audiencia Nacional am 11.10.2021 zugunsten der Gerichte in Barcelona für unzuständig, eine Klage wegen 322 Morden zu bearbeiten, die der Metamafia des oben genannten Staatsanwalts Mena zugeschrieben werden. Der Richter folgte den Anweisungen der Regierung über den Staatsanwalt, die darin bestanden, dass es keinen Terrorismus gibt, wenn dieselbe Bande 322 Morde begeht, und dass es keine Geldwäsche im Ausland gibt, wenn ein Spanier Geld in einem anderen Land als Spanien wäscht, und äußerte sich nicht zu den Zahlungen in der Schweiz für jeden Mord, obwohl die Beträge und das Bankkonto angegeben waren. Es wurden auch Informationen über die Steuerunterlagen von Mena und seinen Leutnants aus dem Jahr 2004 sowie über 30 Millionen Dollar, die Mena im Jahr 2020 eingenommen hatte, vorgelegt. Dagegen wurde Berufung eingelegt, aber der Richter bestätigte das Gesagte. Gegen die Berufung wurde Berufung eingelegt, die an ein anderes Gericht weitergeleitet wurde, woraufhin das Präsidium der Audiencia Nacional um eine Korrektur gebeten wurde, da es sich um zwei Gerichte handelte. Am 11.02.2022 teilte letzteres mit, dass sie bei dem Gericht, an das sie gerichtet war, angefordert werden sollte, was auch geschah, und nicht nur, dass es nicht antwortete, sondern dass sie an die Gerichte Kataloniens geschickt wurde, wo Mena Chefankläger war. Es könnte sein, dass das Justizministerium, das den E-Mail-Verkehr der Audiencia Nacional kontrolliert, verhindert hat, dass diese Nachricht ankommt. In der Generalstaatsanwaltschaft und in der Staatsanwaltschaft gegen Korruption wurde angezeigt, dass Mena den Generalstaatsanwalt von Barcelona und den Oberstaatsanwalt von Katalonien mit mehreren Millionen Euro bestochen hat. Das Gericht von Barcelona unternahm zehn Monate lang nichts und lud die beiden Beschwerdeführer im Dezember 2022 über den Zustellungsdienst vor, anstatt dies von einem Gericht zu tun.

Am 27. Januar 2021 prangerte das Bündnis bei der Europäischen Kommission unter

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

anderem folgende Fakten an: "Die Regierung hat über den Generalrat der Justiz und den Generalstaatsanwalt im Jahr 2021 eine Klage gegen die Vertuschung von 1.182 Morden im Jahr 2009 durch den Obersten Gerichtshof von Katalonien und den Generalrat der Justiz selbst vertuscht. 412 dieser Morde wurden 2009 von der Chefanklägerin des Obersten Gerichtshofs von Katalonien selbst aufgedeckt, aber Erpressungen und Bestechungsgelder brachten diesen Terrorismus zum Schweigen". Diese Fakten sind Teil eines Verwaltungsverfahrens.

Das Organgesetz über die Justiz (LOPJ) sieht vor, dass der Allgemeine Rat der Justiz (CGPJ) aus einem Präsidenten und 20 vom Parlament (Cortes Generales) ernannten Mitgliedern besteht. Die Mitglieder wählen den Präsidenten aus, der auch Präsident des Obersten Gerichtshofs ist. Auf diese Weise kann man von einem totalitären Gesetz sprechen, da es das Führungsgremium der Richter politisiert. Die CGPJ ist für Beförderungen, Zuweisungen, Gehaltserhöhungen, Disziplinarstrafen usw. Zuständig.

Im Jahr 2022 wurden alle Mitglieder der CGPJ-Führung wegen Steuerhinterziehung angezeigt: der Präsident, 20 Mitglieder und der Generalsekretär, weil sie ihre millionenschweren Bankguthaben im Ausland nicht angegeben haben.

Die CGPJ schlägt die Präsidenten der Kammern des Obersten Gerichtshofs und die Richter des Obersten Gerichtshofs, den Präsidenten der Kammer der Audiencia Nacional, die Präsidenten der Kammern der Obersten Gerichtshöfe, den Präsidenten der Kammer der Audiencia Nacional und den Präsidenten der Audiencia Nacional vor. Es kann davon ausgegangen werden, dass die meisten dieser hochrangigen Justizbeamten korrupt sind.

Die CGPJ ist befugt, Disziplinarmaßnahmen gegen Richter zu verhängen, tut dies aber fast nie, wenn die Beschwerde von Einzelpersonen oder Anwälten stammt. Häufig werden Disziplinarstrafen als Vergeltung gegen Richter verhängt, die sich nicht an die Anweisungen höherer Justizbehörden oder der Staatsanwaltschaft gehalten haben, die den Willen der Politiker zum Ausdruck bringen. Auf diese Weise kontrolliert die CGPJ alle Richter.

Die Verfahren werden vom Beauftragten für Disziplinarmaßnahmen eingeleitet, der in der Regel ein korrupter Richter ist. Der derzeitige Promotor behauptet, er könne keine Richter anzeigen, wenn die Beschwerden auf Straftaten hindeuten, und doch hat er die Beschwerdeführer mindestens dreimal strafrechtlich angezeigt, weil sie die Ausflüchte mehrerer Richter angeprangert hatten.

Die Verfassung sieht vor, dass die Staatsanwaltschaft eine hierarchische Einrichtung ist und dass ihr Leiter, der Generalstaatsanwalt, von der Regierung ernannt wird. Die Regierung kontrolliert den Haushalt der Staatsanwaltschaft und, getrennt davon, den Haushalt der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption und organisierte Kriminalität, wobei letztere sogar der Generalstaatsanwaltschaft selbst unbekannt ist.

Die CGPJ ist befugt, Disziplinarmaßnahmen gegen Richter zu verhängen, tut dies aber fast nie, wenn die Beschwerde von Einzelpersonen oder Anwälten stammt. Häufig werden Disziplinarstrafen als Vergeltung gegen Richter verhängt, die sich nicht an die

AJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

Anweisungen höherer Justizbehörden oder der Staatsanwaltschaft gehalten haben, die den Willen der Politiker zum Ausdruck bringen. Auf diese Weise kontrolliert die CGPJ alle Richter.

Die Verfahren werden vom Beauftragten für Disziplinarmaßnahmen eingeleitet, der in der Regel ein korrupter Richter ist. Der derzeitige Promotor behauptet, er könne keine Richter anzeigen, wenn die Beschwerden auf Straftaten hindeuten, und doch hat er die Beschwerdeführer mindestens dreimal strafrechtlich angezeigt, weil sie die Ausflüchte mehrerer Richter angeprangert hatten.

Die Verfassung sieht vor, dass die Staatsanwaltschaft eine hierarchische Einrichtung ist und dass ihr Leiter, der Generalstaatsanwalt, von der Regierung ernannt wird. Die Regierung kontrolliert den Haushalt der Staatsanwaltschaft und, getrennt davon, den Haushalt der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption und organisierte Kriminalität, wobei letztere sogar der Generalstaatsanwaltschaft selbst unbekannt ist.

Die Daten der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption und organisierte Kriminalität sind aussagekräftig: 134 Beamte, darunter 27 Staatsanwälte. In Ermangelung von Daten für 2022 hat diese Behörde 2021 40 strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet, gegenüber 19 im Jahr 2020, obwohl 2021 1.291 Beschwerden eingingen. Im Jahr 2021 erhob die Sonderstaatsanwaltschaft 39 Anklagen, 22 Urteile wurden gefällt, darunter 10 Verurteilungen und 12 Freisprüche.

Insgesamt spiegeln diese Daten der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption und organisierte Kriminalität die Realität aller spanischen Institutionen wider. Die spanischen Institutionen haben überdimensionierte Strukturen, damit sich ihre Machthaber an ihnen bereichern und die politischen Parteien finanzieren können, die sie in diese hohen Positionen berufen haben. Sie sind die Institutionen der 8%.

Die Anwaltskammern sind ein weiterer Schwerpunkt der Korruption. Wie in den vergangenen Jahren spiegelt der Haushalt 2022 der Madrider Anwaltskammer (ICAM) eine der Ursachen der strukturellen Korruption wider. Die ICAM rechnete für 2022 mit Einnahmen in Höhe von 30 Millionen Euro und fast 5 Millionen Euro an öffentlichen Zuschüssen. Die Situation ist in den übrigen Kollegien ähnlich. Korruptionswhistleblower behaupten, dass die Anwaltskammern die hohe Korruption unter ihren Mitgliedern fördern. Sie vertuschen Disziplinarbeschwerden gegen ihre Mitglieder und gehen sogar so weit, sie zu bestrafen, wenn sie sich mit Richtern anlegen. Kurz gesagt, auch die Berufsverbände der Anwälte und Notare sind Teil der strukturellen Korruption. In der Regel gehören einige Richter dem Führungspersonal der Anwaltskammern an.

Die von den Anwaltskammern angebotene unentgeltliche Prozesskostenhilfe ist zu gering, verhindert ein gerichtliches Vorgehen gegen die Korruption und zwingt die Justizopfer, andere Wege der Rechtsberatung zu suchen.

Der Druck, der auf Anwälte, Staatsanwälte und Richter von den Institutionen selbst ausgeübt wird, macht ihre Unabhängigkeit unmöglich.

Im Bericht der CGPJ für das Jahr 2021 heißt es: "Im Laufe des Jahres 2021 sind drei

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

Amparo-Anträge eingegangen, von denen zwei abgelehnt und der dritte bestätigt wurde". Es ist aufschlussreich, dass die geringe Anzahl von Anträgen von Richtern zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit im Gegensatz zu Dutzenden von Zeitungsberichten über Druck auf Richter steht. Die Tatsache, dass nur einem Drittel der Anträge stattgegeben wurde, entmutigt die Inanspruchnahme dieses Rechtsmittels.

In demselben Bericht der CGPJ heißt es, dass 2021 2.043.951 zivilrechtliche Urteile zur Vollstreckung anstanden (3,5 % mehr als 2020), während 620.927 entschieden wurden (19,8 % mehr als 2020). Im Jahr 2021 wurden große Anstrengungen unternommen, um die Zahl der vollstreckten Urteile zu erhöhen, aber es gibt eine Lücke von fast drei Jahren Verzögerung bei der Vollstreckung von Zivilurteilen. Obwohl sich die Dauer der Beilegung von Zivilrechtsstreitigkeiten verbessert hat, deutet die hohe Zahl der durch die Nichtvollstreckung zivilrechtlicher Urteile Geschädigten auf eine weitere schwerwiegende strukturelle Störung des Rechtsstaates im Hinblick auf die Effizienz des Zivilrechtssystems hin.

Aus dem Bericht geht hervor, dass 222.640 Urteile nicht vollstreckt wurden und dass 264.009 Urteile mit einer Verzögerung von fast 10 Monaten vollstreckt worden sind. Insgesamt wurden 165.624 Vollstreckungen registriert, d.h. es wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um fast 100.000 mehr Vollstreckungen zu vollziehen als eingetragen wurden. Wenn die Situation anhält, kann davon ausgegangen werden, dass eine effiziente Situation innerhalb von etwa zwei Jahren erreicht werden könnte. Die hohe Zahl der Personen, die durch die Nichtvollstreckung von Strafurteilen geschädigt werden, deutet auf eine weitere schwerwiegende strukturelle Störung des Rechtsstaates hin, die die Effizienz des Strafrechtssystems beeinträchtigt.

4.- KOMMUNIKATIONSMEDIEN (JOURNALISMUS)

Seit Jahrzehnten wird die Verlässlichkeit von Nachrichten (Informationen) in den Medien überall auf der Welt in Frage gestellt, und in Spanien ist das nicht anders. Die Schwiegermutter einer der führenden internationalen Zeitungen Spaniens pflegte zu sagen, wenn sie die Presse lesen wollte: "Ich gehe den Zeitungskiosk lesen".

Das Aufkommen der digitalen Presse hat es für viele erfahrene Journalisten einfacher gemacht, ihre eigenen digitalen Zeitungen zu erstellen.

YouTube hat es vielen Journalisten, anderen Fachleuten (Politikwissenschaftlern, Wirtschaftswissenschaftlern, Juristen usw.), Verbänden und Aktivisten ermöglicht, ihre eigenen Informationskanäle einzurichten.

Es gibt nicht wenige Menschen, die sagen, dass das Fernsehen nach wie vor der Unterhaltung dient und die sozialen Netzwerke der Information, wobei sie im Allgemeinen konventionelle und neue digitale Medien nutzen, um Nachrichten zu finden.

In diesem Szenario kann man sagen, dass Spanien über plurale Medien im Sinne politischer und sogar unpolitischer Tendenzen verfügt, obwohl der Journalismus weiterhin die Denkweise der Mehrheit dominiert.

Der ehemalige Direktor der Zeitung El Mundo veröffentlicht 2019 ein Buch mit dem Titel: "El Director. Geheimnisse und Intrigen der Presse, erzählt vom Ex-Direktor von El Mundo". In dem Buch sagt er, dass vor 1998 die Politiker die Presse fürchteten und als er Ende 2015 nach Spanien zurückkehrte, war die Situation umgekehrt: Die Journalisten fürchteten die Politiker. Diese Aussage dieser sehr sachkundigen Person mit Zugang zur gesamten spanischen Macht ist ein Beweis für das totalitäre Abdriften der spanischen Demokratie. Er verwies auch auf die Annahme von Geschenken und Bestechungsgeldern durch Journalisten.

Der Kauf von Werbung durch die Institutionen wird oft als Bestechung der Medien angesehen, die von der mangelnden Ausgewogenheit zwischen den politischen Tendenzen und der starken Konzentration in einigen verwandten Medien profitieren, ohne eine vernünftige Verteilung vorzunehmen.

Am 18.01.2022 veranstaltete die Regierung eine Informationsveranstaltung über die Verteilung der europäischen Mittel. Francesc Vallès Vives, Staatssekretär für Kommunikation, schloss Medien aus, deren redaktionelle Linie der Ideologie der Regierung zuwiderläuft, darunter El Mundo, eine Zeitung von internationalem Rang, Cadena Cope, La Razón, Libertad Digital, Onda Cero und The Objective sowie die Nachrichtenagenturen Colpisa und Servimedia.

Dieses Thema wurde in der Sitzung vom 25.01.2022 im Abgeordnetenhaus angesprochen.

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

Die derzeitige Regierung hat die Ausgaben für Medienwerbung jedes Jahr erhöht und im Jahr 2022 einen neuen Rekord aufgestellt, obwohl es kein Wahljahr ist. Diese einseitige Einflussnahme auf die Medien untergräbt die Medienvielfalt.

Wie die traditionellen Mainstream-Medien sind auch die meisten großen digitalen Medien oft extrem parteiisch, und zwar in einem Maße, dass sie als imageschädigende Maschinen für Politiker der entgegengesetzten politischen Überzeugung und als Propagandamaschinen für gleichgesinnte politische Parteien angesehen werden können.

Die Pressefreiheit ist nach wie vor durch zahlreiche gerichtliche Repressalien gegen Redakteure und Journalisten bedroht, und sogar Richter leiten selbst Strafverfahren ein, wobei sie die Tatsache ausnutzen, dass Beamte die einzigen sind, die keinen Anwalt brauchen, um strafrechtliche Schritte wegen Verstößen gegen ihre Ehre und den Justizkorporatismus einzuleiten. Es ist offensichtlich, dass sie wissen, dass sie unrechtmäßig handeln.

Trotz zahlreicher Fälle von Lynchjustiz (zivilem Tod) durch die Medien war 2022 ein noch nie dagewesenes Jahr der Medienkorruption.

Wieder einmal erhielten Alberto Royuela und Juan Martínez, nachdem sie einige Unterlagen über Bestechungsgelder an 47 Manager und Journalisten mehrerer großer Medienunternehmen beschafft hatten, Informationen über die Bankguthaben dieser 47 Fachleute und zweier weiterer Medienschaffenden. Es wird behauptet, dass der Milliardär José María Mena die oben genannten 47 Fachleute mit 70 Millionen US-Dollar bestochen hat, wobei er zwischen 1 und 3,5 Millionen Dollar pro Person verteilt hat. Dieser Sachverhalt wurde der Europäischen Kommission am 5. Juli 2022 von der Allianz gemeldet, ohne dass das Verfahren abgeschlossen war.

Die Medienkampagne der Mainstream-Medien gegen die Royuelas, Juan Martínez, Richter Presencia und ACODAP ist ungebrochen und hat es geschafft, die wenigen Medien, die bisher über diese Anklagen berichtet haben, davon abzuhalten, dies zu tun.

Im Jahr 2022 riefen die Royuelas zu mehreren Demonstrationen auf: Madrid, Bilbao, Valencia, Barcelona und erneut Madrid. Mit Ausnahme von Bilbao nahmen an den übrigen Demonstrationen mehrere Tausend Menschen teil, und kein einziges Mainstream-Medium berichtete darüber. Im Falle von RTVE ist dies besonders verwunderlich, da der öffentlich-rechtliche Sender verpflichtet ist, über alle relevanten Ereignisse auf öffentlichen Straßen und insbesondere über alle Demonstrationen zu berichten.

Besonders hervorzuheben ist das Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS) als Lieferant von Nachrichten, die für die Meinungsbildung der Mehrheit von großem Interesse sind. Das CIS wurde wegen der Fälschung von Wahlprognosen und der Manipulation von Umfragedaten angeprangert.

Im Jahr 2022 haben mehrere Medien veröffentlicht, dass die Regierung die von ihren Journalisten angeforderten Informationen nicht bereitstellt, selbst nach einer positiven Entschließung des Rates für Transparenz und gute Regierungsführung (CTBG).

5.- KONTROLLEN UND GLEICHGEWICHT

Von Anfang an haben die Regierungen von Pedro Sánchez ihre Befugnisse (Exekutive und Unterwerfung der Mitglieder ihrer politischen Parteien) missbraucht, um die größte Gesetzesänderung in der Geschichte vorzunehmen, zumindest was die Anzahl der Gesetze angeht.

Die Regierung hat den in der Verfassung vorgesehenen Mechanismus genutzt, um Gesetze zu erlassen, wobei sie stets die Dringlichkeit als Grund anführte; mehrere beratende Institutionen und politische Parteien haben diese Praxis jedoch kritisiert und behauptet, dass es keine solche Dringlichkeit gegeben habe.

Im Regulierungsplan für 2022 sah die Regierung vor, dass die Cortes Generales 92 Gesetze (11 organische Gesetze, die höchste Stufe nach der Verfassung) verabschieden würden, während die Regierung 276 königliche Dekrete genehmigen würde, in denen der Inhalt aller Gesetze aufgeführt ist. Es ist erstaunlich, dass die Regierung entscheidet, was die Legislative zu erlassen hat.

Mehrere öffentliche Einrichtungen haben sich gegen diese Handlungsweise und die Undurchsichtigkeit der Regierung ausgesprochen, doch die Regierung ignoriert die Institutionen und setzt ihren autokratischen und totalitären Kurs fort.

Das weitreichendste und totalitärste Ungleichgewicht entstand zweifellos im November 2022, als die Regierung beschloss, zwei Mitglieder ihrer Regierung in das Verfassungsgericht zu berufen, wohl wissend, dass die CGPJ einen linken und einen rechten Richter ernennen würde, um ein Gleichgewicht zu schaffen. Infolgedessen gab es sieben linke und vier rechte Richter, d. h. fast doppelt so viele Linke. Logischerweise sollte keiner dieser 11 Richter dem Verfassungsgericht angehören.

Dieser Totalitarismus hat keine angemessene juristische Antwort erhalten und wurde von den Cortes Generales (Parlament) vorbehaltlos unterstützt. In diesem und in mehreren anderen Punkten kann man sagen, dass es in Spanien zu einem Rückschritt bei der Aufteilung der öffentlichen Gewalt gekommen ist und ein totalitäres und autokratisches Regime errichtet wurde.

Eine weitere sehr wichtige Entwicklung ist die Zunahme der Zahl der Ministerien und damit der Zahl der frei ernannten hochrangigen Positionen, weil dadurch die Kontrolle über die Gesellschaft insgesamt und über alle Institutionen zugenommen hat und die gegenseitige Kontrolle eingeschränkt wurde. Im Jahr 2022 gab es 762 hochrangige Beamte in der Allgemeinen Staatsverwaltung, 10 mehr als im Vorjahr und 91 mehr als die vorherige Regierung Rajoy am Ende hatte.

Die öffentlichen Ausgaben Spaniens steigen jedes Jahr schneller an, von 503.364 Millionen Euro (41,8 % des BIP) im Jahr 2018, das ein geteiltes Jahr mit der vorherigen Regierung war, auf 610.864 Millionen Euro (51,9 %) im Jahr 2022.

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

Die oben beschriebene Situation macht die Aktivitäten der Zivilgesellschaft sehr kompliziert, sofern sie nicht den Zielen der Regierung dienen.

6.- SCHLUSSFOLGERUNGEN

Im Jahr 2018 veröffentlichte Eurostat, dass sich die Korruption in Spanien 8 % des BIP nähert, aber keine spanische oder europäische Institution hat sich über die Bedeutung dieses Korruptionsniveaus Gedanken gemacht.

8 % des BIP an Korruption sind nur in einem Staat möglich, in dem die Priorität ALLER rechtsstaatlichen Institutionen die Korruption ist, zumindest um die Korruption von Beamten zu vertuschen.

Manchmal wird ein Beamter verurteilt, um den Anschein zu erwecken, dass Korruption verfolgt wird, aber wenn wir alle im Jahr 2018 gemeldeten Korruptionsfälle zusammenzählen, ist das nicht einmal annähernd 1 % der gesamten Korruption (8 % des BIP). Seit 2018 hat die Korruption Jahr für Jahr zugenommen, da die öffentlichen Ausgaben gestiegen sind.

Aber es gibt nicht nur Korruption, die die Korrupten bereichert, sondern auch andere Korruptionen, die eine normale Entwicklung der Gesellschaft nicht zulassen.

Die Regierungen von Sánchez haben wiederholt gegen nationale und europäische Gesetze verstoßen, angefangen bei der Ernennung der Regierung selbst, da mehrere Minister nicht die Voraussetzungen für ein Ministeramt erfüllen, auch wenn nicht alle von ihnen untersucht worden sind.

Diese Regierungen waren totalitär und haben sich nach venezolanischem Vorbild die dem Parlament vorbehaltenen Befugnisse und damit die nationale Souveränität angemaßt. Diese Usurpation ging so weit, dass mit der Ausrufung des Alarmzustands ein legaler Staatsstreich begangen wurde, um die individuellen und unternehmerischen Freiheiten zu beseitigen, die öffentlichen Ausgaben zu erhöhen und die Verarmung der Bevölkerung zu beschleunigen, um die soziale Kontrolle zu verstärken.

Die Cortes Generales (Parlament) haben alle kriminellen Handlungen der Regierung zugelassen und unterstützt und dabei vergessen, dass sie die Souveränität des Volkes vertreten und somit keine Marionette der Regierung sein können.

Jahr für Jahr wurden Hunderte von Gesetzen verabschiedet, ohne dass sie dafür zuständig waren, was dazu führen sollte, dass sie für null und nichtig erklärt werden.

Die Regierung hat mehrere Straftaten begangen, indem sie Dokumente gefälscht hat, um die beispiellose Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für den Ausbau des Staatsapparats zu rechtfertigen, mit der einzigen Absicht, die Kontrolle über die Gesellschaft (Einzelpersonen, Unternehmen, Medien und den sozialen Sektor) in reinstem kommunistischen Stil zu verstärken. Außerdem wurden alle möglichen Daten zu Wahlzwecken gefälscht.

Die Regierung hat die Politisierung der Institutionen und die soziale Kontrolle verstärkt,

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

indem sie die Zahl der hochrangigen Beamten, die von der Regierung selbst ernannt werden, erhöht hat. Diese frei ernannten Beamten behaupten, dass sie der Regierung gegenüber loyal sein werden, was gleichbedeutend damit ist, dass sie sich nicht an das Gesetz halten werden, um die Autokratie dieser Regierung zu unterstützen. Zwar sind einige hohe Beamte zurückgetreten, doch die meisten von ihnen sind sehr korrupt.

Die institutionellen Gegenkräfte haben aus den oben beschriebenen Gründen nicht funktioniert.

Das Parlament hat sich der Usurpation seiner Funktionen durch die Regierung unterworfen, indem es seinen illegalen Gehorsam gegenüber der Partei ausnutzte; die Justiz hat weiterhin die Verbrechen der Regierung gedeckt, unter dem Druck der Staatsanwaltschaft, die immer auf Anweisung der Regierung handelte, wie der Präsident der Regierung selbst sagte. Das Verfassungsgericht hat zwar etwas gegen die Regierung unternommen, aber es hat sie nicht einmal wegen des juristischen Staatsstreichs, den die Ausrufung des Alarmzustands mit sich gebracht hat, verurteilt. Die Volkspartei (PP), der Partner der Regierung im Zweiparteiensystem, hat als größte Oppositionspartei den Alarmzustand nicht einmal angefochten.

Auch private Gegenkräfte haben nicht funktioniert. Seit Jahrzehnten fürchten die Medien Repressalien der Regierung und werden darüber hinaus mit öffentlichen Geldern und den größten Werbekampagnen der Demokratie bestochen. Kriminelle Repressalien gegen Journalisten haben sich verschärft, und kriminelle Repressalien gegen Youtuber haben begonnen. Es ist bezeichnend, dass eine Person 47 Manager und Journalisten der großen Medien bestochen hat, während die gesamten Bankinformationen angezeigt wurden, und dass sie eine Kampagne gegen Korruptions-Whistleblower durchgeführt haben, indem sie Sachverhalte als wahr ausgaben, von denen sie wussten, dass sie sie nicht überprüfen wollten, weil sie wussten, dass sie genauso falsch sind wie die Anschuldigungen der Journalisten, die diese Kampagne unterzeichnet haben.

Die Medien, die nicht bestochen wurden und von dieser Kampagne ausgeschlossen sind, trauen sich auch nicht, den Vorwürfen nachzugehen, weil sie institutionelle Repressalien sowie Repressalien seitens der bestochenen Medien selbst fürchten.

Die straf- und zivilrechtlichen Repressalien gegen Verbände, die Korruption anprangern, haben sich verschärft, und auch die strafrechtlichen Repressalien gegen Rechtsanwälte haben sich verstärkt. Die Anwaltskammern sind Teil der Korruption und unterstützen sie. Sie gehen sogar so weit, Anwälte zu Unrecht zu bestrafen, wenn sie von Richtern dazu aufgefordert werden. Hinzu kommt, dass Entschädigungen für Korruptionswhistleblower für Schäden, die durch Repressalien entstanden sind, nicht bearbeitet und nie anerkannt werden.

Spanien verfügt über Wirtschaftswissenschaftler von Weltrang, und die EU weiß, dass die institutionellen Wirtschaftswissenschaftler über ein hohes Maß an Fachwissen verfügen; daher kann man nicht sagen, dass die schlechte Wirtschaftsleistung unbeabsichtigt ist. Die unzweifelhafte Absicht der Regierung, die Bevölkerung zu verarmen, so dass sie von öffentlichen Subventionen abhängig ist, und die

AJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

Unabhängigkeit der jungen Menschen zu verhindern, so dass sie keine eigenen Lebensprojekte aufbauen können, sind eindeutige Verbrechen der Misswirtschaft.

Die Regierung hat absichtlich dafür gesorgt, dass Spanien das einzige europäische Land ist, das bis Ende 2022 das BIP-Niveau von 2019 nicht wieder erreicht hat.

Die Regierung hat den Hass gegenüber Unternehmern und Unternehmen, die Rechtsunsicherheit und die übertriebene Höhe der Steuern, die sich jedes Jahr ändert, verstärkt. Dieser Totalitarismus, die Unsicherheit und die fiskalische Gier haben dazu geführt, dass Iberdrola beschlossen hat, seinen Hauptsitz im April 2023 zu verlegen. In Spanien wiederholt sich die Situation, die in Katalonien mit den Unabhängigkeitsbestrebungen im Jahr 2017 eingetreten ist. Katalonien schuf eine unhaltbare soziale und wirtschaftliche Situation, die Unternehmen dazu veranlasste, das Land zu verlassen. Das Gleiche geschieht in Spanien, und die Unternehmen werden dem Weg von Ferrovial folgen, vor allem, wenn die Regierung bei den nächsten Parlamentswahlen bestehen bleibt.

Das Justizsystem ist systembedingt korrupt. In einem Land mit einem Justizsystem, das nicht systematisch korrupt ist, ist es unmöglich, dass die Korruption 8% des BIP erreicht.

Staatsanwälte und Richter zwingen ihre eigenen Kollegen, sich selbst zu korrumpieren. Im Jahr 2022 wurden mehr als hundert Richter angezeigt, weil sie millionenschwere Bankkonten außerhalb Spaniens unterhalten und diese nicht zu Steuerzwecken gemeldet haben. Von besonderer Bedeutung sind die Anklagen gegen die 21 Vorsitzenden des Generalrats der Justiz und 10 Richter der Strafkammer des Obersten Gerichtshofs, einschließlich ihres Präsidenten.

Die Steuerbehörde hat alle Angeklagten gedeckt und Milliarden von Euro gewaschen.

Seit dem letzten Jahrhundert gibt es in Spanien ein Netzwerk der Rechtsbeugung, das aus mehreren hundert Richtern besteht. Der Schöpfer dieses Netzes verdient mehr als vierhundert Millionen Euro pro Jahr, ohne dass man weiß, wie viel er den bestochenen Richtern zahlt.

Die Existenz dieses Netzes hat es einer Person ermöglicht, im Dezember 2022 in Madrid 68 Richter zu bestechen, zum einen wegen der großen Zahl, zum anderen, weil die Bestechung eines Richters in den unteren Instanzen lukrativ ist, weil die Berufung bei den höheren Instanzen nicht erfolgreich ist.

Jeden Tag werden in Spanien vor den Zivil- und Strafgerichten mehrere Urteile verkauft.

Ein Richter sagte zu einem Strafverfahren des Obersten Gerichtshofs: "Die üblichen Anforderungen der Rechtsprechung für die Einleitung eines Strafverfahrens und die Vorladung einer Person als Zeuge, gegen die ermittelt wird, werden erheblich angehoben". Der Oberste Gerichtshof erhöht die Straffreiheit für korrupte Beamte. Diese Aussage in Verbindung mit der Erhöhung der öffentlichen Ausgaben deutet darauf hin, dass der Grad des Autoritarismus und der Korruption in Spanien erheblich

DAJ ALLIANZ - BERICHT ÜBER DEN SPANISCHEN RECHTSSTAAT IM JAHR 2022

gestiegen ist.

Trotz des hohen Korruptionsniveaus ist die Sonderstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität nicht kosteneffizient und gibt mehr aus, als sie wieder einnehmen kann, was den politischen Willen und die Korruption ihrer Staatsanwälte widerspiegelt. Das Gleiche gilt für die europäischen Staatsanwälte in Spanien, denn sie sind Staatsanwälte und Richter, die speziell ausgewählt wurden, um die institutionelle Korruption zu decken.

In Spanien gibt es Gesetze, die die Korruption begünstigen, und außerdem halten sich die Beamten nicht einmal an diese Gesetze. Die Korruption ist in den Gesetzen und in der mangelnden Durchsetzung verankert und hat in den spanischen Institutionen eine systemische Dimension erreicht. In Spanien wird nicht nur nicht gegen Korruption vorgegangen, sondern die Korrupten werden sogar noch gefördert.

Die Korruption hat in der Europäischen Union Einzug gehalten und ist Teil des Totalitarismus und der absoluten Dekadenz, die zum Niedergang der europäischen Volkswirtschaften und Gesellschaften geführt haben.

Mit den Geldern der "Next Generation" unterstützt die EU die Zunahme von institutioneller Korruption, Vetternwirtschaft und öffentlicher Ineffizienz. Je größer die Krise ist, die die Regierungen verursachen, desto mehr Hilfe erhalten sie, und desto mehr ist die EU Teil des Problems geworden.

Die Europäische Kommission muss erklären, dass Spanien schwerwiegende Defizite in der Rechtsstaatlichkeit aufweist, um größere Übel zu vermeiden.

